

## KURZMELDUNGEN

Teilnahme an  
EU-Forschungs-  
programm

**BERN** | Die Schweiz soll bei der nächsten Generation des EU-Forschungsprogrammes Horizon dabei sein können. Das Parlament hat die dafür notwendigen Gelder in Höhe von 6,15 Milliarden Franken gesprochen. Von diesen 6,15 Milliarden entfallen 5,42 Milliarden Franken auf Pflichtbeiträge für Horizon Europe, das Euratom-Programm, die internationale Infrastruktur für Fusionsforschung (ITER) und das Digital Europe Programm. 614 Millionen Franken sind als Reserve gedacht, 117 Millionen für nationale Begleitmassnahmen in der Schweiz. Das Parlament müsse dem Kredit zustimmen, damit das Programm bereits im Januar fortgesetzt werden könne, sagte am Mittwoch im Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP/BE) im Namen der Kommission Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N). Es sei wichtig, dass die Schweiz bei der Forschung in der Champions League mitmachen könne. Der Nationalrat folgte mit 138 zu 49 Stimmen bei 1 Enthaltung. Der Bundesbeschluss ist damit definitiv angenommen. Es gehe darum, die Fortsetzung einer guten Zusammenarbeit ohne Unterbruch zu sichern, sagte Bildungsminister Guy Parmelin. **sda**

1,7 Milliarden  
für Wohnraum

**BERN** | Der Nationalrat will den Rahmenkredit für Bürgschaften in der Wohnraumförderung erneuern. Er hat am Mittwoch dem vom Bundesrat beantragten Rahmenkredit von 1,7 Milliarden Franken für Eventualverpflichtungen im gemeinnützigen Wohnungsbau zugestimmt. Das Vorhaben war nicht gross bestritten. Widerstand kam einzig von der SVP. Die übrigen Fraktionen stimmten der Wohnraumförderungsvorlage zu. Die Bürgschaften seien ein zielgerichtetes Instrument, das den vom Bund alimentierten Fonds de Roulement sinnvoll ergänze, lautete der Tenor. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. Zu reden gaben Anträge, den Kreditbetrag auf 1,9 Milliarden Franken zu erhöhen oder auf 1,4 Milliarden Franken zu senken sowie auf die vorgesehene Stabilisierung des Bürgschaftsvolumens ab 2028 zu verzichten. Alle drei Vorschläge lehnte der Nationalrat schliesslich ab. **sda**

Ikea erhöht  
Mindestlohn

**ZÜRICH** | Ab Januar 2021 zahlt der Möbelriese allen Mitarbeitenden in der Schweiz einen um 100 Franken erhöhten Mindestlohn von 4000 Franken pro Monat. Davon betroffen seien 6 Prozent der Mitarbeitenden. Ausserdem werde die Lohnsumme über das Unternehmen hinweg um durchschnittlich 0,5 Prozent angehoben. «Wir haben gesehen, dass unsere Mitarbeitenden im aktuellen Jahr Ausserordentliches geleistet haben», wird Jessica Andersen, CEO IKEA, zitiert. **sda**

## Bern | Bundesrat Alain Berset eher für verschärfte Massnahmen als einen Lockdown

## Ansteckungen steigen weiter

**Die Zahl der Coronavirus-Ansteckungen steigt weiter. 5625 neue Fälle hat das Bundesamt für Gesundheit am Mittwoch gemeldet – 539 mehr als vor einer Woche und 1354 mehr als am Dienstag. Das Gesundheitssystem drohe zu kollabieren, warnten die Personalverbände.**

Die Zahl der Todesfälle wegen einer COVID-19-Erkrankung stieg seit Beginn der Pandemie im Februar bis am Mittwochmorgen auf 5781. 16012 Personen mussten bisher wegen einer COVID-19-Erkrankung im Spital behandelt werden. Die Gewerkschaft VPOD und fünf Verbände des Gesundheitswesens wiesen am Mittwoch auf die Überlastung des Gesundheitssystems durch die COVID-Pandemie hin.

Die Fallzahlen und damit die Neuerkrankungen und Spitaleintritte müssten nun rasch und deutlich sinken, ansonsten drohe das Gesundheitssystem zu kollabieren, erklärten der Spitalverband H+, Spitex Schweiz, der Heimverband Curaviva Schweiz, die Association Spitex privée Suisse (ASPS) und der Alterspflege-Verband Senesuisse.

Schliessung von  
Skigebieten gefordert

Auch in den Zürcher Spitälern habe die angespannte Situation sich verschärft und belastete das Gesundheitspersonal stark, erklärte der Zürcher Regierungsrat am Mittwoch.

Er schlug vor, die Skigebiete schweizweit sofort zu schliessen. Die Spitäler im Kanton Zürich seien kaum in der Lage, zusätzliche Unfallpatientinnen und Unfallpatienten aus den Skigebieten zu versorgen.

«Es ist nicht nachvollziehbar, dass Sport- und Freizeiteinrichtungen geschlossen werden sollen, während in den Bergen trotz aller Infektions- und Unfallrisiken Skibetrieb herrscht», schrieb die Zürcher Kantonsregierung. Sie regte zudem an, landesweit die Prostitution zu verbieten. Diese Massnahme sei im Kanton Zürich und in mehreren anderen Kantonen bereits in Kraft.

Die höchsten Zahlen  
in Europa

Die Spitäler seien an ihren Kapazitätsgrenzen und das Gesundheitspersonal stehe unter sehr grossem Druck, sagte Gesundheitsminister Alain Berset am Mittwoch nach einem Besuch in Spitälern im Kanton Neuenburg. Mit 750 Fällen auf 100000 Einwohner und einer Reproduktionszahl von zurzeit 1,13 habe die Schweiz die höchsten Zahlen in Europa.

Wenn nichts unternommen werde, riskiere man, dass man alles schliessen müsse. Nach Einschätzung des Bundesrates werde es aber eher in Richtung einer Verschärfung der Massnahmen als in Richtung eines Lockdowns wie im Frühling gehen. Klar sprach sich Berset gegen eine Schliessung der Schulen aus. Das COVID-19-Gesetz, die Grundlage für die Unterstützung von



**Massnahmen.** Bundesrat Alain Berset besucht einen Schulungsraum an der Hochschule Arc Santé in Neuenburg. Weitere Corona-Massnahmen müssen folgen.

FOTO KEYSTONE

Härtefällen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, muss in die Einigungskonferenz von National- und Ständerat. Umstritten ist das Referenzdatum für Lohnkürzungen in Sportklubs, die finanzielle Hilfen beanspruchen. Sie müssen dabei aber die Saläre reduzieren.

Härtefälle in  
Einigungskonferenz

Der Nationalrat möchte sich auf die Saison 2018/2019 stützen, der Ständerat auf den 13. März 2020, den Tag, an dem der

Corona-bedingte Lockdown begann. Geeignet haben sich die Räte darauf, Menschen mit tiefsten Einkommen bei Kurzarbeit auf vier Monate befristet 100 Prozent des Einkommens zu entschädigen.

COVID-Kredite in  
acht Jahren abzahlen

Ebenfalls geeignet haben sich die Räte beim Solidarbürgschaftsgesetz: Die Rückzahlungsfrist für COVID-Kredite wird von fünf auf acht Jahre verlängert. Der Ständerat schloss sich dem Nationalrat

an. Dass der Ständerat zu guter Letzt einlenkte, verhinderte, dass das Geschäft in die Einigungskonferenz gehen muss.

Unternehmen erhielten im Zuge der ersten Corona-Welle im Frühling vom Bund verbürgte Bankkredite. Mit dem Solidarbürgschaftsgesetz wurde nun die Notverordnung des Bundesrates im Nachhinein in ordentliches Recht überführt. Der Bundesrat stellte 40 Milliarden Franken bereit. Davon wurden rund 17,3 Milliarden in Anspruch genommen. **sda**

## Bern | Auch im Inselelspital Bern ist die Lage prekär

## «Personal zermürbt»

**Im Berner Inselelspital sind 90 Prozent der Kapazitäten auf der Intensivstation ausgeschöpft. Ärzte und Pflegepersonal blicken deshalb mit grosser Sorge auf ansteigende COVID-Ansteckungszahlen.**

«Es würde uns nachhaltig treffen, wenn die Ansteckungszahlen weiter steigen», sagte Stephan Jakob, Chefarzt für Intensivmedizin der Inselelgruppe am Mittwoch bei einem Mediengespräch zur Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Die Intensivstationen spüren die Zunahme jeweils mit einer Zeitverzögerung von zwei bis drei Wochen.

Doch bereits jetzt ist die Situation laut Jakob fragil. «Wir haben zusätzlich 16 Beatmungsgeräte in Betrieb genommen und dies auf Abteilungen, auf denen normalerweise keine Intensivpatienten liegen.» Mit diesen Zusatzbetten sind 90 Prozent der entsprechenden Kapazitäten ausgeschöpft.

Das sei derzeit noch gerade zu bewältigen, sagte der Klinikdirektor. Doch wenn jetzt zu steigenden COVID-Fällen noch Sportunfälle dazu kämen, «dann wird es sehr knapp». Bei 70 Prozent der Inselel-Eintritte handle es sich um Notfälle – «darunter sind jetzt schon die ersten Skiunfälle.» Jakob weist dabei auf das grosse Einzugsgebiet des Berner Universitätsspitals hin – Patienten kommen auch aus den Kantonen Freiburg, Solothurn, Neuenburg sowie aus dem Oberwallis ins Berner Universitätsspital.

## Mehr Patienten pro Pflegenden

Am Anschlag ist auch das Pflegepersonal. Normalerweise kümmert sich in der Intensivpflegestation eine Pflegefachperson um einen Patienten. Doch statt 1:1 lautet das Verhältnis nun 1:4. Eine Pflegenden muss sich um bis zu vier schwerkranke Patientinnen und Patienten kümmern. Zwar wird das Personal von Hilfskräften unterstützt. Doch diese müssten angelernt und be-

gleitet werden. «Das ist eine grosse Belastung», sagt Jakob. Die Fachärzte ihrerseits arbeiten im 2-Schichten-Turnus mit je 13,5 Stunden pro Tag – und das seit drei bis vier Monaten.

«Jeder zusätzliche Patient fordert dieses System weiter heraus», stellt der Intensivmediziner fest. «Wir haben heute im Vergleich zum Frühjahr bei den COVID-Patienten eine doppelt so hohe Mortalität». Dies habe verschiedene Ursachen, «aber wir können nicht ausschliessen, dass die Qualität schlechter ist, weil weniger ausgebildetes Personal für den Patienten da ist.»

Für Jakob ist deshalb klar, dass es bei den Corona-Massnahmen «massive Verschärfungen» braucht, so wie sie die wissenschaftliche Task Force des Bundes am Dienstag eingefordert hat.

## 15 Prozent des Personals fällt aus

Petra Fuchs, Leiterin Pflege im Notfallzentrum, spricht von einem «guten Teamgeist» beim Personal. «Aber ich merke, dass die Leute langsam zermürbt sind.» 15 Prozent des Personals sind ausgefallen – sei es, weil sie selbst erkrankt, sich in Quarantäne befinden oder aus anderen Gründen ausfallen. Das sei eine grosse Zahl, sagt Fuchs, «denn im Stellenplan haben wir keine Reserven.» Ausfälle müssen vom Rest des Teams getragen werden. Für die Feiertage hat Fuchs sicherheitshalber eine Person zusätzlich eingepplant. Denn gerade an Weihnachten und Neujahr, wenn die meisten Arztpraxen schliessen, ist der Andrang im Notfall des Inselelspitals besonders gross. «Wir haben eine Aufnahmepflicht und können niemanden abweisen.» Fuchs' grösste Sorge ist nebst Personalknappheit deshalb der Bettenmangel. «Es fahren Ambulanzen und wir müssen für alle Patienten ein Bett finden.» Sie hofft und zählt darauf, dass jeder einzelne Bürger während der Festtage verantwortlich handelt und auch im privaten Kreis die Schutzmassnahmen einhält. **sda**

## BUNDESGERICHT

Martha Niquille ist neue  
Bundesgerichtspräsidentin

Martha Niquille (CVP) ist neue Präsidentin des Bundesgerichts. Sie ist am Mittwoch von der Vereinigten Bundesversammlung gewählt worden, allerdings nicht ohne Nebengeräusche.

Der National- und der Ständerat wählten Martha Niquille am Mittwoch mit 173 von 174 gültigen Stimmen zur neuen Präsidentin für die Amtszeit 2021 bis 2022. 53 Stimmzettel wurden leer eingelegt. Niquille wird Nachfolgerin von Ulrich Meyer (SP).

Neuer Vizepräsident des Bundesgerichts wird der Walliser Yves Donzallaz (SVP). Er erhielt 160 von 161 gültigen Stimmen. Bei dieser Wahl wurden 62 Stimmzettel leer abgegeben. Niquille ist seit vier Jahren Vizepräsidentin des Bundesgerichts. Donzallaz ist drittes Mitglied der Verwaltungskommission. Beide waren vom Bundesgericht vorgeschlagen worden. Die Gerichtskommission (GK) hatte sie ohne Gegenkandidaten nominiert, aber nicht einstimmig. Kritik gab es an Niquille und Donzallaz im Zusammenhang mit einer Untersuchung von Mobbing- und Sexismusvorwürfen am Bundesstrafgericht. Als Mitglieder der Verwaltungskommission des Bundesgerichts waren beide Kandidierenden an dieser Untersuchung beteiligt. Eine von Nationalrat Pirmin Schwander (SVP/SZ) angeführte Minderheit beantragte deshalb Rückweisung und forderte zwei neue Wahlvorschläge vom Bundesgericht. Ihr Antrag wurde mit 168 zu 54 Stimmen abgelehnt.

## Vertrauen auf dem Spiel

Das Vertrauen in die Institutionen und die Professionalität der Aufsicht, stünden auf dem Spiel, sagte Schwander zum Antrag. Auch habe die Aufsicht des Bundesgerichts nicht eingegriffen, als bei FIFA-Fällen in Bellinzona die Verjährung drohte. Urteile konnten im sogenannten Sommermärchen-Prozess im März nicht gefällt werden. Die Mehrheit der Gerichtskommission kam indes zum Schluss, dass Niquille und Donzallaz für die neuen Funktionen geeignet seien. Beide seien ausführlich angehört worden und hätten ihr Verhalten erklären können, sagte Kommissionspräsident und Ständerat Andrea Caroni (FDP/AR). Donzallaz stand schon im Herbst bei der Wiederwahl als Bundesrichter im Visier der SVP und wurde ohne deren Stimmen im Amt bestätigt. Seine Werthaltung stimme nicht mit der Werthaltung der SVP überein, hatte die grösste Fraktion dies begründet. **sda**